

Leuenberger auf Energiesparkurs

Der Umweltminister will den **Stromverbrauch stabilisieren** und den Erdölverbrauch senken

Bundesrat Moritz Leuenberger schlägt nebst einer CO₂-Abgabe auf Benzin Vorschriften zu Energieeffizienz und Förderung von erneuerbaren Energien vor. CVP und FDP reagieren auffällig wohlwollend.

MARCELLO ODERMATT

Moritz Leuenberger hat bei der gestrigen Pressekonferenz selber darauf hingewiesen: «Noch ist alles offen.» Denn um die neusten Pläne des Energieministers zur effizienteren Nutzung der Energie sowie zur Nutzung erneuerbarer Energien dürfte noch hart gerungen werden. Die präsentierten Massnahmen bedingen neue Vorschriften und Gesetzesanpassungen, was der Wirtschaft ein Dorn im Auge ist. Leuenbergers Ziele dabei sind: Eine Reduktion des Verbrauchs von fossilen Energien um 1,5 Prozent pro Jahr, die Stabilisierung des Stromverbrauchs auf dem Niveau von 2006 und eine Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch um 50 Prozent. Leuenberger will diese Ziele bis 2020 mit total 26 Massnahmen erreichen (vgl. Box).

Die Vorschläge bestehen aus gesetzlich festgelegten Minimalstandards, Verbrauchsvorschriften sowie aus Anreiz- und Fördersystemen. Der Aktionsplan «Energieeffizienz» umfasst 18 Vorschläge, darunter ein nationales Förderprogramm für die energetische Gebäudeerneuerung sowie die bereits angekündigte CO₂-Abgabe auf Treibstoffe.

Kein neues Atomkraftwerk

Mit den Plänen gelte es die künftige Energieknappheit zu vermeiden, sagte Leuenberger. Ebenso würden die Massnahmen volkswirtschaftliche Impulse ermöglichen, etwa für neue Technologien. Für Leuenberger ist klar: Sollten alle Massnahmen realisiert werden, sei ein neues Atomkraftwerk nicht nötig. Der Energieminister zeigte sich überzeugt, dass die geplanten Investitionen langfristig Kosten senken könnten, beispielsweise würde die Sanierung von Gebäuden nach Minergiestandards die Heizkosten senken. Für die vorgeschlagenen Massnahmen sollen 26,5 Millionen Franken für die Energieeffizienz und 27,5 Millionen zur Förderung erneuerbarer Energien eingesetzt werden.

In der bis Mitte Oktober dauernden Anhörung können Parteien und Verbände ihre Meinungen zu den



Bei Neubauten soll zwingend der Einsatz von **Sonnenkollektoren** zur Warmwasseraufbereitung geprüft werden. WINFRIED ROTHERMEL/KEYSTONE

Plänen kundtun. Auch der Gesamtbundesrat wird Stellung nehmen, fallen doch die wichtigsten Massnahmen in die Regierungskompetenz. Über die Gesetzesänderungen wird das Parlament befinden, aber erst nach den Wahlen. So kann sich

der Sozialdemokrat Leuenberger unabhängig davon, wie die Stellungnahmen ausfallen, im Wahlkampf zugunsten seiner Partei als Kämpfer für die Umwelt positionieren.

Entsprechend loben SP und auch Grüne den Energieminister,

verlangen aber noch schärfere Massnahmen.

Wirtschaft hat keine Freude

FDP und CVP stimmen Leuenbergers Plänen teilweise zu. Die CVP begrüsst Leuenbergers Ver-

suchen, in Einklang mit der EU zu handeln. Es frage sich aber, ob die Massnahmen als Einzelaktion des Umweltministers zu werten seien oder Rückhalt im Gesamtbundesrat hätten. Auch die FDP sieht in einzelnen Massnahmen eigene Forderungen bestätigt. Der Partei fehlt jedoch vor allem ein expliziter Verzicht auf Gaskombikraftwerke.

Klagen sind von der SVP und der Wirtschaft zu vernehmen: Die Massnahmen seien unverständlich, würden die Wirtschaft massiv behindern und zu einschneidenden Wohlstandseinbussen führen, heisst es in einer Mitteilung vom Wirtschaftsverband Economiesuisse. Für die SVP sind die Pläne ein «riesiger Berg von neuen Vorschriften und Abgaben».

Auch der Hauseigentümerverband zeigte sich weniger erfreut. Einen Gebäude-Energieausweis bezeichnete der Verband als untauglichen Papiertiger, der den erwünschten Sanierungsschub nicht auslösen werde und keine objektive Aussage über die Qualität einer Liegenschaft liefere. Auch ein Minergie-Standard im Sanierungsbereich ist für den Verband nicht umsetzbar. Einverstanden ist der Verband hingegen mit dem Vorhaben, einen Teil der Einnahmen aus der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen für Gebäudesanierungen zu verwenden.

DAS SCHLÄGT LEUENBERGER KONKRET VOR

Bundesrat Leuenberger präsentierte gestern total 26 Massnahmen zur Stabilisierung des Energieverbrauchs und zur Förderung erneuerbarer Energiequellen. Hier die wichtigsten in einer Übersicht:

- Der Energieverbrauch in Gebäuden soll reduziert werden. Ein von 2010 bis 2020 laufendes nationales Förderprogramm soll Anreize schaffen für die **Sanierung älterer Gebäude auf Minergie-Standard**. Finanziert werden soll es durch Gelder aus der ab 2008 geltenden CO₂-Abgabe auf Brennstoffe.
- Bei Neubauten soll künftig zwingend die Nutzung von **Sonnenkollektoren zur Warmwasseraufbereitung geprüft** werden. Ihr Einbau und der Ersatz von Elektroboilern durch Wärmepumpen-Boiler soll finanziell gefördert werden.
- Die Umrüstung von **Fernwärmesystemen** auf Abwärme und erneuerbare Energiequellen wie Holzschnitzel möchte Leuenberger mit Einspeisevergütungen begünstigen.

Die Mittel sollen mit Zuschlägen auf Fernwärme aus fossiler Energie erwirtschaftet werden.

- Zur Reduktion fossiler Energien als Treibstoffe soll ab 2010 eine **CO₂-Lenkungsabgabe** von 15 bis 50 Rappen pro Liter eingeführt werden.
- Analog zur Praxis in der EU sollen **fossilen Treibstoffen Biotreibstoffe beigemischt** werden. Ein Label für international gehandelte, nicht aber inländische, Biotreibstoffe würde die Qualität garantieren.
- Laut Leuenberger hat die bisherige Vereinbarung mit den Schweizer Autoimporteuren nicht zur angestrebten **Reduktion des Treibstoffverbrauchs** bei Personenwagen geführt. Gelingt es nicht, eine neue, verschärfte Vereinbarung auszuhandeln, soll die Reduktion mit einem Erlass erreicht werden. Der maximale Treibstoffverbrauch würde sich an den neuen EU-Richtlinien orientieren.
- Der Kauf umweltfreundlicher Autos möchte Leuenberger mit einem

Bonus-Malus-System auf der Importsteuer fördern. Umweltfreundliche Autos würden so 3000 bis 4000 Franken billiger, schädlichere entsprechend teurer.

• Leuenberger möchte ab 2008 in der Schweiz nur noch Haushaltsgeräte der **Energieeffizienzklasse A**, ab 2009 solche der Effizienzklasse A+ zum Verkauf zulassen. Elektronische Geräte mit einem Standby-Verbrauch wie Fernseher, Stereoanlagen oder Kaffeemaschinen sollen neu zwingend einen **automatischen Abschaltmechanismus** eingebaut haben. Herkömmliche **Glühbirnen** möchte Leuenberger ab 2012 verbieten.

• Das noch ungenutzte Potenzial der **Wasserkraft soll nachhaltig genutzt** werden. Massgeschneiderte Lösungen und Ausnahmeregelungen sollen dies ermöglichen. Bauliche Massnahmen wie Rückhaltebecken sollen ökologisch negative Auswirkungen reduzieren (bef).

Inspektoren für IV

BETRUGSFÄLLE Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) arbeitet an einem Konzept für den Einsatz von IV-Inspektoren, die Betrugsfälle untersuchen sollen. Das Konzept soll für die Verschärfungen im IV-Gesetz nach der 5. IV-Revision einen nationalen Rahmen liefern. Angestellt werden die IV-Inspektoren nämlich von den kantonalen IV-Stellen, wie Alard Du Bois-Reymond, Leiter IV beim BSV, gestern einen Bericht der «SonntagsZeitung» bestätigte. Im Konzept werde geregelt, wie Risikogruppen identifiziert würden, in welchen Fällen eine Intervention stattfinden und wie diese ablaufe. Die IV-Inspektoren werden vor allem in der Schweiz tätig sein. Doch auch bei Verdachtsfällen im Ausland werde ermittelt. Die Aufdeckung von ausländischen Betrugsfällen sei sehr wichtig, damit die IV das Vertrauen der Bevölkerung behalten könne. (sda)

EINE PARTEI UND IHRE WÄHLER IM PORTRÄT

Vielfalt im SVP-Biotop

Bei den Wahlen 2003 gewann die SVP in allen Schichten Wähler hinzu. Besonders gut kam sie an bei Bauern, qualifizierten Arbeitern, Personen ohne Berufsabschluss, Personen mit tiefem Einkommen, bei Erstwählern, Männern und auf dem Land. Soweit die nüchternen Fakten. Doch wer sind die Menschen, welche die SVP mit fast 27 Prozent Wähleranteil zur grössten Partei der Schweiz gemacht haben?

Um diese Frage zu beantworten, reisten die «Grand old Lady» des Schweizer Journalismus, Margrit Sprecher, und der Fotograf Fabian Biasio eine Legislatur lang durchs Land. An der Gründung der Jungen SVP Oberwallis in Naters, am Adventstreffen der Stadtzürcher SVP-Frauengruppe im Bahnhofbuffet Wollishofen, am Sommerausflug der kantonalen Aargauer SVP aufs Rütli und am Jasscup der SVP in Frutigen fanden die beiden eine

«überraschende Vielfalt im SVP-Biotop», wie es in ihrem neuen Buch «Die Mitte des Volkes» heisst.

Zum Beispiel Werner, Haustierbedarfen gros, aus Zeiningen (AG). Als der Mann, früher bei der SP, einer halb invalid geschriebenen Angestellten wollte und sie ihm beschied, sie wolle lieber volle Rente als eine Umschulung, musste der Chef ihr auch noch zwei volle Jahresgehälter hinblättern. Bei der SVP fand er Verstärkung bei der SVP gesucht, schreibt Sprecher. Die Porträtierten haben ihr, meist in der eigenen

Wohnung, viel erzählt. Die Autorin hat aufs Genaueste hingehört und hingeschaut. Sie wertet nicht, sie beschreibt. Vorurteilsfrei, aber mit spitzer Feder. Inszenieren muss auch Fotograf Biasio nichts, seine Bilder erzählen, mit Blick fürs skurrile Detail, tausend eigene Geschichten.

Eine politische Synthese leistet das Buch nicht – und sagt doch in seiner Sinnlichkeit mehr aus über die SVP als mancher Politologenaussatz. Die SVP, so Sprechers Bilanz, sei die einzige Partei, die sich um alle kümmere, die sich von Staat und Mitmenschen hingegangen fühlten. Also ein älterer Herr an einem Parteianlass aber das Pflaster vom Finger zieht und Bundesrat Blocher die Wunde entgegenstreckt, wird es sogar dem Volkstribun zu viel. *sve*

[1] FABIAN BIASIO/MARGRIT SPRECHER: Die Mitte des Volkes. Edition Patrick Frey, 48 Franken.

EDV-Projekt gescheitert

BUND Erneut scheitert im Finanzdepartement (EFD) ein Informatikprojekt: Die Arbeiten an der Plattform simap2, mit der Bund, Kantone und Gemeinden ihre Ausschreibungen elektronisch hätten abwickeln können, werden eingestellt. Das EFD und die Generalunternehmerin Swisscom IT Services sind zum Schluss gekommen, dass das Projekt nicht wie vorgesehen realisiert werden kann, wie das EFD gestern mitteilte. Die Swisscom-Tochter, die eine deutsche Subunternehmerin mit der Umsetzung beauftragt hatte, konnte die Plattform nicht rechtzeitig fertig stellen. Die Kosten für simap2 waren mit 1,4 Millionen Franken veranschlagt. Laut Communiqué entstehen dem Bund mit dem vorzeitigen Projektende kein finanzieller Schaden. Die elektronische Abwicklung von Ausschreibungen ist damit nicht vom Tisch. Das Vorhaben soll neu gestartet werden. (sda)

Umzug nach Ostermundigen

KOMMISSIONEN Die Kommissionen des eidgenössischen Parlaments sind bis im Sommer 2008 obdachlos. Wegen der Renovationsarbeiten im Bundeshaus und dem damit verbundenen Baulärm müssen sie andernorts tagen. Jetzt ziehen sie nach Ostermundigen. Dort werde ein Stockwerk des Swisscom-Gebäudes gemietet, bestätigte Ständerat Rolf Büttiker (fdp/SO) gestern einen Bericht der «NZZ am Sonntag». Die Anmietung des Stockwerks werde nötig, weil die Kommissionen ihre Infrastrukturen wie etwa die Protokollanlagen und weiteres brauchen, sagte Büttiker als Zuständiger im administrativen Leitungsgremium des Parlaments.

Die tageweise Belegung von Sälen komme wegen dieser Bedürfnisse nicht in Frage. Seit dem Baubeginn im Bundeshaus tagten die Kommissionen in verschiedenen zugemieteten Räumen in der Berner Innenstadt. Diese Mietverträge laufen Ende Jahr aus und die Sitzungen hätten wieder im Bundeshaus stattfinden sollen. Verzögerungen im Bauablauf sorgten dafür, dass die Arbeiten im Untergeschoss des Bundeshauses noch bis im Herbst 2008 andauern. Der Baulärm, das Hämmern und Bohren, verunmögliche konzentrierte Sitzungen, sagte Büttiker. Die Mietkosten bei der Swisscom dürften sich auf 200 000 Franken belaufen, schätzt Büttiker. Das Mietverhältnis soll bis August 2008 dauern. Verlängerungen der bestehenden Mietverträge in der Stadt Bern seien unmöglich; die Liegenschaften bereits weitervermietet. (sda)

Abzug bei einseitigem Akt

SWISSCOY Die Swisscoy im Kosovo wäre bei einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung der südserbischen Provinz in Frage gestellt und dürfte abgezogen werden. Dies betonte Bundesrat Samuel Schmid nach seinem Besuch im Kosovo von letzter Woche. Denn Schweizer Soldaten dürfen nur im Rahmen eines Mandats der Uno oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ins Ausland geschickt werden, wird Schmid gestern in der Westschweizer Tageszeitung «La Liberté» zitiert. Eine weitere Präsenz der Schweizer Soldaten wäre nach einer Unabhängigkeitserklärung also nur nach einer neuen Resolution des Uno-Sicherheitsrats möglich. Die Schweiz beteiligt sich seit 1999 an den friedenserhaltenden Massnahmen.

Die Positionen im Streit um den künftigen Status des Kosovo sind weiterhin verhärtet. Kosovo-Premier Agim Ceku sagte, die Kosovo-Albaner seien bereit, einseitig ihre Unabhängigkeit zu erklären und sich um die Anerkennung durch die EU und die USA zu bemühen. (sda)

Neuer Rekord an Kandidaturen

WAHLEN Total 3089 Personen auf 311 Listen kandidieren laut einer provisorischen Bilanz der Nachrichtenagentur SDA für die Nationalratswahlen 2007. Dies bedeutet einen neuen Rekord: Die bisherige Höchstmarke war 1999 erreicht worden – damals wurden 2845 Kandidaten auf 268 Listen verzeichnet. 2003 waren es 2836 Kandidaten auf 262 Listen gewesen. Von den Kandidierenden sind 1087 Frauen. 2003 waren 993 Frauen angetreten. Der Frauenanteil wuchs damit nur unwesentlich von 35 Prozent im Jahr 2003 auf 35,2 Prozent in diesem Jahr. Die Bilanz ist provisorisch, denn die Listen und Kandidaturen müssen von der Bundeskanzlei noch nachkontrolliert werden. Mit definitiven Zahlen ist Mitte September zu rechnen. (sda)